Nummer 427

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9 gespaltene Zeile 1,50 Mk. Reklamezeile 4 Mk.
Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Jinschein-Blatter, Deutsche Lebensversicherungsgesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten
Die Zeitung erscheint 1. d. Woche dreizehnmal
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 2413 u. 12352 | Sonnabend, 20. September 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Vollstreckung des Urteils gegen die Geiselmörder.

München, 19. September.

Das Urteil gegen die wegen des Geiselmordes zum Tode Verurteilten wurde heute nachmittag 4 Uhr im Stadtheim vollstreckt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

München, 19. September.

Unmittelbar nach Schluß der gegen sie geführten Hauptverhandlung wurden die im Geiselmordprozeß Verurteilten in das Münchener Strafgefängnis Stadelheim, ein neu erbautes, groß angelegtes Gerichtsgefängnis an der südöstlichen Peripherie Münchens, zurückgeführt. Mit Rücksicht darauf, daß der Hauptangeklagte Seidl in einem bei ihm im Laufe der Verhandlung gefundenen Kassiber dem lebhaften Wunsch nach seiner Befreiung durch die Münchener Spartakisten Ausdruck gegeben hatte, dem Gefangenenwagen Autos mit Bewaffneten voran. Auf Umwegen wurde das Gefängnis am Spätnachmittag erreicht, wo man die Gefangenen alsbald trennte.

Die sechs zum Tode Verurteilten wurden in besonders scharf bewachte Zellen gebracht, wie überhaupt das ganze Gefängnis von Militär umgeben wurde. Gegen jeglichen Angriff von außen war sahen dem Gefangenenwagen Autos mit Bewaffneten voran. Auf Umwegen wurde das Gewerfer gesichert. Die Einlieferung der Gefangenen vollzog sich ohne Zwischenfall.

Gestern nachmittag trat im Ministerium des Innern der bayerische Ministerrat zu einer entscheidenden Sitzung über die vom Volksgericht verhängten 6 Todesurteile zusammen. Die Beratungen zogen sich bis gegen 3 Uhr nachts hin. Da das Urteil des Volksgerichtes innerhalb 24 Stunden vollstreckt werden mußte, so mußten die Verhandlungen des Ministerrates ein abschließendes Ergebnis geitigen. Heute nachmittag gegen 3/5 Uhr gab das Ministerium folgendes bekannt: „Das Ministerium hat sich nicht veranlaßt gesehen, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen." Infolgedessen wurde das Urteil des Volksgerichtes betreffs der Angeklagten Seidl und Genossen heute nachmittag in Stadelheim durch Erschießen vollstreckt. Zu der Erschießung waren besonders zuverlässige Truppen kommandiert worden, doch hatten sich aus allen Teilen der Reichswehr des bayerischen Kontingents Mannschaften zur Vollstreckung des Urteils bereit erklärt, ein Zeichen der Erregung, die sich der gesamten Bevölkerung angesichts der Ergebnisse der Prozeßverhandlungen bemächtigt hatte. Die Erschießungen wurden um 5 Uhr nachmittags in der inneren Stadt bekannt, obwohl die Zeitungen weder über das Urteil noch über die Hinrichtung irgendwelche Extrablätter oder sonstige Bekanntmachungen herausgegeben hatten. Die vollzogene Hinrichtung wurde allgemein mit Befriedigung aufgenommen. Die zu Zuchthaus verurteilten Angeklagten werden voraussichtlich auf verschieden Strafanstalten Bayerns verteilt werden, um Konspirationen zu verhüten.

Die Staatsanwaltschaft des Münchener Volksgerichts hat bereits wegen des zweiten Geiselmord-Prozesses das Verfahren eingeleitet. Hierzu stehen bereits sechs Angeklagte, die als Zeugen in dem ersten Prozeß vernommen worden sind, zur Verfügung. Ein weiterer Mittäter, ein gewisser Greiner, ist gestern in der Nähe von Rosenheim festgenommen worden. Dazu gesellt sich der russische Student Krylenko. Dagegen ist ein wichtiger Zeuge für diesen Prozeß, der schon im ersten Verfahren vernommene 24 Jahre alte Münchener „Polizeipräsident" aus den Tagen der Räte-Republik Meiergünther, kurz nach seiner Rückführung von der Verhandlung aus der Festungshaft in Eichstedt entflohen. Er war wegen seiner Beteiligung an der Räte-Republik Ende Juli d. J. zu drei Jahren Festung verurteilt worden.

Die politischen Gefangenen in Bayern.

München, 19. September.

Zu dem Vorwurf einiger Blätter, daß die bayerische Regierung gegenüber den politischen Gefangenen schwächliche Nachsicht walten lasse, wird amtlich gemeldet, daß die Justizverwaltung sofort die energischsten Schritte getan hat, um die Verhältnisse im Stadelheimer Gefängnis zu untersuchen und schnellstens Abhilfe zu schaffen.

Erzberger bleibt.

Aus Kreisen, die dem Reichsfinanzminister Erzberger nahestehen, erfährt die „Deutsche Allg. Ztg.", daß dieser sich keineswegs mit Rücktrittsgedanken trägt, vielmehr durchaus beabsichtigt, die von ihm begonnene Steuerreform auch durchzuführen. Von einer Übernahme eines neu zu schaffenden Ministeriums für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch den Reichsfinanzminister Erzberger war vor einigen Monaten die Rede. Eine solche kommt aber zurzeit nicht in Frage.

Um Noske.

In der im „Tagesspiegel" der gestrigen Abend-Ausgabe wiedergegebenen Mitteilung einer hiesigen Korrespondenz über Differenzen zwischen dem Reichswehrminister Noske und dem „Vorwärts" hören die „P. P. P.", daß die dort vertretene Auffassung in ihrer Gesamtheit irrig sei und jeglicher Grundlage entbehre. Der Reichswehrminister habe mit seinen Parteigenossen verschiedene Angelegenheiten, bei denen es in letzter Zeit hie und da gewisse Unstimmigkeiten gab, offen durchgesprochen. Bei dieser Aussprache, die sich in voller und alter Kameradschaftlichkeit vollzog, habe sich eine völlige Übereinstimmung ergeben. Niemand denke an ein Verfahren, wie es die Korrespondenz andeutet.

Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Stürmische Sitzung.

TU Paris, 19. September.

Die letzten Beratungen über den Friedensvertrag in der französischen Kammer nahmen einen stürmischen Verlauf, namentlich infolge einer Rede des Vertreters der neuen sozialistischen Mehrheit Longuet, welcher sich mit Barthou über die Haltung der deutschen Sozialisten während des Krieges auseinandersetzte. Verschiedene Zwischenfälle veranlaßten Deschanel zu der Drohung, die Sitzung aufzuheben. Longuet protestierte gegen die Nichtentwaffnung Deutschlands und gegen die Isolierung Österreichs. Er forderte die Unabhängigkeit Irlands und behauptete weiter, daß eine amerikanische Sondergesandtschaft unter Zutun von Lloyd George Friedensanträge an Lenin gestellt habe. Clemenceau mischte sich hier in die Debatte und erklärte, daß, wenn Lloyd George dies getan hätte, er sicher nicht mit jemandem darüber gesprochen habe. (Gelächter.) Clemenceau wandte sich auch entschieden gegen die Erklärung Longuets, daß der Oberste Rat beschlossen habe, Rußland zu räumen. Longuet erhob zum Schluß einen scharfen Protest gegen die Intervention in Rußland.

Unterzeichnungsfrist für Bulgarien.

TU Paris, 19. September.

Bei der Überreichung der Friedensbedingungen an Bulgarien wird Clemenceau nur mitteilen, daß für die Unterzeichnung eine Frist von 15 Tagen gelassen werde. Man erwartet, daß der erste bulgarische Abgeordnete in einer Antwortrede versuchen wird, die Verantwortlichkeit Bulgariens zu verkleinern.

Die Affäre Bullitt.

Amsterdam, 19. September.

Wie das Pressebureau Radio meldet, hat die „Preß-Associated" in London eine offenbar autorisierte Erklärung aus der Downing Street veröffentlicht, in der gesagt wird, die Erklärungen Bullitts seien ein parteiisch zusammengestellter Bericht über eine private Unterredung mit Lloyd George bei einem Frühstück nach Bullitts Rückkehr aus Rußland, zusammengeschweißt mit einer Mischung aus Unterredungen mit anderen Leuten.

Dem Pressebureau Radio zufolge veröffentlicht die „Washington Post" ein Telegramm aus Waterloun, nach dem Lansing auf die Frage, ob das in den Londoner Zeitungen veröffentlichte angeblich autorisierte Dementi der Erklärungen Bullitts der Wahrheit entspreche, erklärt hat: Diese Meldung ist unrichtig. Ich habe keine Erklärung, welcher Art immer, über Bullitt abgegeben.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 19. September.

Eine Berliner Zeitungskorrespondenz will von gut informierter Seite erfahren haben, daß Korfanty, der in Warschau eingetroffen ist, von Paderewski demnächst Vollmacht erhalten soll, um die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen einzuleiten.

An zuständiger Stelle in Berlin ist nach der „Deutschen Allgem. Ztg." im Augenblick Abschließendes in der Angelegenheit noch nicht bekannt. Indessen weilt seit einigen Tagen der polnische Abgeordnete Diamann in Berlin, der auch am heutigen Tage um eine Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen nachgesucht hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Unterredung mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen in Verbindung gebracht werden kann.

Moskau bedroht.

TK Stockholm, 19. September.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Durch die Einnahme Tambows durch General Mamontow sind die Sowjet-Truppen in eine so schwierige Lage geraten, daß selbst Moskau als bedroht gilt. Die Sowjet-Regierung hat an die roten Garden einen Aufruf gerichtet, in dem auf den ungewöhnlichen Ernst der militärischen Lage hingewiesen wird. Über Moskau soll der Kriegszustand verhängt werden, die Verteidigung der Hauptstadt ist Dzerschinski, Kamenew und Sagorski übertragen worden.

Die Friedensverhandlungen in Pleskau.

TK Stockholm, 19. September.

Aus Reval wird gemeldet, daß sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen zwischen den baltischen Staaten einschließlich Finnlands und der russischen Sowjetregierung beginnen sollen. Die Delegierten sind bereits bestimmt und zwar die Ministerpräsidenten und Außenminister Lettlands und Estlands, der Ministerpräsident und Handelsminister Littauens sowie der Staatsminister und Außenminister Finnlands.

Kein Friede mit Sowjet-Rußland?

TU Stockholm, 19. September.

Nachrichten aus Helsingfors zufolge wird Finnland auf Grund seiner Beratungen mit der Entente vorläufig das Friedensangebot der Sowjet-Regierung nicht beantworten. Man wird zu verhindern suchen, daß Livland, Estland und Litauen Frieden mit Rußland schließen. Die Entente soll zugesagt haben, die englische Flotte nicht aus der finnischen Bucht zurückzuziehen.

Die englische Anleihe an Finnland.

Wir haben kürzlich gemeldet, daß die englisch-finnischen Anleiheverhandlungen sich geschlagen haben, da die neue finnische Regierung die an die Gewährung der Anleihe geknüpften Bedingungen als unerfüllbar bezeichnet hatte. Jetzt wird überraschenderweise gemeldet, daß die Anleihe-verhandlungen doch zu einem Ergebnis geführt haben, nachdem Finnland sich bereit erklärt hat, in den Randstaatenbund einzutreten.

Die baltische Entente Cordiale.

Riga, 17. September.

Bei der hiesigen Randstaatenkonferenz, zu der auch der litauische Ministerpräsident und der Handelsminister verspätet eintrafen, wurde nach offizieller Mitteilung eine Einigung dahin erzielt, kein besonderes gemeinsames Organ für die Staaten der baltischen Entente Cordiale zu schaffen.. Zollgrenzen sollen voraussichtlich nicht errichtet werden. In Lettland und Estland soll Frankenwährung eingeführt werden.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat.

Der Entwurf eines Gesetzes über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, der bereits durch eine Mitteilung des Reichswirtschaftsministers Schmidt in der Nationalversammlung angekündigt worden ist, ist inzwischen fertiggestellt worden. Er wird in den nächsten Tagen den Gegenstand von Besprechungen der zuständigen Ressorts bilden. Bis zur Schaffung des in der Verfassung vorgesehenen endgültigen Reichswirtschaftsrats ist für den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ein weitgehendes Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung und beim Erlaß gewisser grundlegender Verordnungen vorgesehen.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat wird in seiner Zusammensetzung den Interessen aller Volkskreise, sowohl der produzierenden wie der konsumierenden, ausgiebig Rechnung tragen und nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt sein.

Kleine Nachrichten.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die neue preußische Verfassung keinen Präsidenten der Republik Preußen vorsehen.

•

Die Verwaltung des Herrenhauses wird von der preußischen Landesversammlung übernommen werden, dadurch wird der Etat des Herrenhauses überflüssig. Der Beamtenkörper des Herrenhauses wird von anderen Behörden übernommen. Ein Teil des Herrenhauses bleibt für das Wohlfahrtsministerium vorläufig reserviert, ein anderer Teil findet Verwendung für Arbeitsräume für die Abgeordneten der Landesversammlung.

•

Im Reichskolonialministerium fand am 19. September eine Sitzung statt, in der unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Bell die endgültige Fassung des Entwurfs eines Entschädigungsgesetzes für die Kolonialdeutschen mit den beteiligten Ministern festgestellt wurde. Der Entwurf wird nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden.

•

Nach Pariser Meldungen äußerte Pichon im Kammerausschuß, daß die Rechtsauffassung der Alliierten über die staatsrechtliche Frage der besetzten deutschen Gebiete die sei, daß Befehle der Besatzungsbehörden in jedem Falle Reichsgesetzen vorangegehen haben.

•

Nach einer bei der Münchener Polizeidirektion eingelaufenen Nachricht sind aus dem Gefängnis in Eichstädt eine Reihe politischer Gefangener entwichen. Bis auf drei konnten alle wieder festgenommen werden.

•

Wie die Blätter melden, wurde der Metzger Lindner, der nach seinem Attentat auf den früheren Minister Auer von München nach Wien geflüchtet war, den bayerischen Behörden ausgeliefert.

•

„Telegraaf" meldet aus London, daß Grey am Sonnabend auf der „Mauretania" nach Washington abfahren wird.

•

„Nieuwe Courant" meldet aus Washington vom 17. September: Von bestgter Seite wird erklärt, daß Japan und Amerika keine Noten über Kiautschou gewechselt haben.

•

In einer Versammlung der Grubenarbeiter Beamten und Ingenieure des Lazy-Schachtes wurde beschlossen, im Falle der Angliederung Teschens an Polen eine bolschewistische Republik auszurufen.

•

Der „Avanti" meldet, daß Donerstag mittag 12 Uhr in ganz Italien ein Streik der Post- und Telegraphenbeamten ausbrechen sollte. Ob er zur Tatsache geworden ist, darüber liegen noch keine Nachrichten vor, man glaubt aber kaum, daß er vermieden worden ist.

•

Der Streik der dänischen Transportarbeiter wird fortgesetzt. In der vorgestrigen Generalversammlung beschloß die Mehrheit der Anwesenden, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bevor nicht ein Stundenlohn von 5 Kronen zugesichert wird.

Schlußwort.

Die deutsche Antwort auf die letzte Ententenote in der Verfassungs- und Anschlußfrage konnte nach Lage der Dinge nur eine Frage der Taktik und eine Taktfrage sein, und man darf feststellen, daß in Ansehung der gegebenen Umstände eine durchaus brauchbare Lösung gefunden worden ist. Man hat seinerzeit in der deutschen Presse die merkwürdige Auffassung lesen können, daß das Ultimatum vom 5. d. M. der deutschen Regierung die erwünschte Gelegenheit geboten hätte, nun endlich einmal gegen Herrn Clemenceau stärkstes Geschütz aufzufahren und einen flammenden Appell an das Weltgewissen zu richten, doch hat ja wohl inzwischen die weitere Entwickelung gelehrt, wie wenig zweckentsprechend eine solche Politik gewesen wäre. Im Gegenteil konnte man sich von Anfang an fragen, ob es sich nicht empfohlen hätte, gleich die erste Note auf das Ultimatum so zu fassen, daß sich alle Weiterungen garnicht erst ergeben konnten. Da der Artikel 61, 2 nicht zu jenen Bestimmungen der Verfassung gezählt wurde, die nach unserer gestrigen Note „Ihrer Natur nach einen grundsätzlichen und zeitlich unbeschränkten Charakter" tragen, so hätte das vielleicht in völlig unmißverständlicher Form besonders zum Ausdruck gebracht werden können. Die Art und Weise, wie von dem französischen Ministerpräsidenten die ganze Angelegenheit eingeleitet worden war, belehrte ja darüber, daß er sie in derselben Linie bis zum Ende durchführen würde. Erreicht wurde denn auch nur, daß die Gegenseite versuchte, in der Folge über die Forderungen des Ultimatums noch hinauszugehen.

Man darf, wie gesagt, anerkennen, daß die gestrige deutsche Note dieser Tendenz gegenüber taktisch gut operiert. Sie stellt eingangs durchaus richtig fest, daß die deutsche Regierung mit den Alliierten und Assoziierten darin übereinstimme, daß, wenn Verfassung und Friedensvertrag irgendwie miteinander kollidierten, die Verfassung nicht vorgehen könne. Das war es eben, was schon am 11. September vielleicht hätte deutlich ausgesprochen werden müssen, denn es ist anderswo überall Übung, daß „Weltrecht Staatsrecht bricht" und internationale Abmachungen den Landesgesetzen übergeordnet sind.

Im weiteren polemisiert die neue deutsche Note gegen irrtümliche Auslegungen des Herrn Clemenceau und sie beruft sich denn auch bei dieser Gelegenheit wieder, und unseres Erachtens auch recht glücklich, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf das dieser ganze Notenwechsel in der Tat den stärksten Hohn darstellt. Deutschland konnte wirklich nicht voraussehen, daß dieses Recht, „welches seine Gegner so oft als einen der Grundpfeiler ihrer Friedensbedingungen bezeichnet haben, gerade für Deutschland und Österreich noch mehr beschränkt werden sollte".

Der letzte Teil der deutschen Duplik enthält eine energische Verwahrung gegen den Ton, in dem Herr Clemenceau geglaubt hat, unsere Antwort auf sein nach Form wie Inhalt gleich ungewöhnliches Ultimatum interpretieren zu sollen. Es wird gesagt, daß weder von einem „Kunstgriff" noch von einer „Vertragsverletzung" die Rede sein könne. Diese Unterstellungen werden im Gegenteil „mit aller Schärfe" zurückgewiesen. Aber darüber hinaus wird auch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es bisher nicht internationaler Brauch gewesen ist, feierliche Erklärungen einer Regierung in der ironischen Haltung zu behandeln, die vielleicht im Klub oder in einem Leitartikel für den „Homme libre" am Platze sein könnte. Wir können daher auch nur zustimmen, wenn die Reichsregierung im Interesse des Ansehens des deutschen Volkes dagegen Einspruch erhebt und erklärt, den alliierten und assoziierten Regierungen auf diesem Wege nicht folgen zu können. Die deutsche Regierung lebt auch mit Recht hervor, daß die endliche Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen den Staaten nicht sicherer verhindert werden kann, als wenn der leitende Staatsmann Frankreichs an uns sich mittschen zu kühlen sucht und dabei die niedrigsten Instinkte der Volksleidenschaft aufs neue erhitzt.

Die gestrige Note ergänzt die Verwahrung gegen Herrn Clemenceaus Taktlosigkeit schließlich noch dahin, daß sie sagt, die Tatsache der deutschen Niederlage berechtige die Gegner nicht dazu, uns zu verletzen. Wir wegen nicht zu entscheiden, ob man nicht davon hätte ausgehen sollen, daß diese Wendung bereits in den vorbergegangenen Ausführungen vorweggenommen und enthalten sei. Das deutsche Volk hat den Krieg verloren und leidet innerpolitisch und wirtschaftlich aufs schwerste unter den furchtbaren Folgen dieses Verlustes. Aber das deutsche Volk weiß auch, daß trotzallem Deutschland auch in Zukunft zu den Weltmächten gezählt werden muß, und daß es von Beleidigungen, wie sie Herr Clemenceau beabsichtigt haben soll, nicht erreicht werden kann. Und wenn nun im Auftrage der Reichsregierung Freiherr von Lersner das „Protokoll" mit seiner Unterschrift versieht, so wissen wir, daß es sich dabei um eine Formalität handelt, die Herr Clemenceau noch für nötig hielt, um den „Schlußstein" seiner „Sicherungspolitik" zu setzen, aber unser Urteil über die Richtigkeit dieser Politik eines Monomanen der Angst vor Deutschland bleibt dadurch unberührt. In jenem „Protokoll" aber steht, wie an dieser Stelle schon einmal ausgeführt worden ist, nur genau das, was bereits von uns in der Note vom 11. September zugesagt worden ist, ja das „Protokoll" stellt sogar im wesentlichen bloß ein wörtliches Zitat aus jener Note dar, zu der letzten Endes auch die jetzige Note nur eine neue Interpretation bedeutet.

Stbn.

Amerika und die Rheinlandsfrage.

In einer Pariser Meldung der „Newyork Times" wird mitgeteilt, daß Schwierigkeiten im Rheinlande nicht ausbleiben können. Amerika müsse deshalb ein Mitglied in der hohen Rheinlandskommission ernennen oder aber, wenn dies nicht möglich ist, die amerikanischen Truppen aus dem Rheinland zurückziehen.

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Sonnabend, d. 20. September.

Opernhaus.
186. Abonnem.-Vorstellung. Neueinstudiert:
7 Uhr: Fidelio.

Schauspielhaus.
198. Abonnem.-Vorstellung.
7 Uhr: Coriolan.

Direkt.: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Claviga.

Kammerspiele.
7 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Dir.: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater.
7½ Uhr: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Die letzten Ritter.

Dir. Reinhard-Bernauer
Theater i. d. Königgr. Str.
8/8 Uhr: Kameraden.

Komödienhaus.
8/8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater.
1/8 Uhr: Die Dame im Frack.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: 's Jungfernstift.

Residenz-Theater.
7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
7½ U.: Der gute Ruf.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: D. Schönste von allen.

Deutsches Opernhaus.
7 U.: Die Liebe dreier Könige.

Friedr.-Wilhelmstädt. Th.
7½ U.: Weinende Erben.

Kleines Theater.
8 Uhr: Summa Summarum.

Kleines Schauspielhaus.
Zur Vorbereitung: Krach.

Komische Oper.
7½ Uhr: Liebeszauber.
Stg. 3¼ U.: Liebeszauber.

Lustspielhaus.
7¾ Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20 Min.: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: Die Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl.
8 Uhr: Wilhelm Tell.
7½ U.: Flachsmann als Erzieher

Thalia-Theater.
7½ U.: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl.
8¼ Uhr: Renaissance.
7½ Uhr: Die Puppe.

Theater des Westens.
7½ Uhr: Die Frau im Hermelin.
Stg. 12 Uhr: Tanzm. Elsa Böreny.
Stg. 3¼ U.: D. Luft. Witwe.

Theater „Die Tribüne".
Charl., Berliner Str. 37/38.
8 U.: Reiter, Entscheidung

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: Vier Einakter.

Wallner-Theater.
7 Uhr 15: Eine Ballnacht.
Stg. 3 Uhr 15: Geisha.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: In den Bergen Tirols.